

Der Antikommunismus in Europa darf nicht durchkommen!

Am 14. Dezember forderten die Außenminister von sechs EU-Staaten in einem Brief an EU-Justizkommissarin Viviane Reding, »die öffentliche Billigung, Leugnung und Verharmlosung von totalitären Verbrechen« künftig zu bestrafen. Am Mittwoch verabschiedeten die Vertreter von 38 kommunistischen und Arbeiterparteien aus 32 OSZE-Ländern in Athen dazu folgende Stellungnahme:

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas verurteilen die provokative und ungeheuerliche Initiative der Außenminister Bulgariens, Lettlands, Litauens, Ungarns, Rumäniens und Tschechiens, mit der die Forderung erhoben wird, daß die EU eine gesetzliche Verfolgung all jener Personen innerhalb der EU anstrebt, die nicht bereit sind, die sogenannten »Verbrechen des Kommunismus« anzuerkennen.

Es handelt sich dabei um einen gefährlichen Versuch, die bereits bestehenden gesetzlichen Verfolgungen und ähnliche Maßnahmen zu generalisieren, die in mehreren EU-Ländern schon jetzt gegen all jene Personen in Kraft sind, die die Verleumdungen gegen den Sozialismus, wie wir ihn kennen, zurückweisen. Es ist ein Versuch, all jene Menschen zu verfolgen, die gegen die Entstellungen der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und die nicht akzeptable Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus auftreten.

Es ist kein Zufall, daß diese Initiative zu einem Zeitpunkt vorgetragen wird, zu dem die Kämpfe der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen stärker werden. Die Ausweitung der arbeiterfeindlichen Angriffe gehen einher mit der Verstärkung antikommunistischer Maßnahmen. Die Kommunisten sind zum Angriffspunkt der Bourgeoisie geworden, weil sie in der ersten Reihe der Kämpfe stehen, mit denen verhindert werden soll, daß ausschließlich den Schaffenden die Lasten der kapitalistischen Krise aufgebürdet werden, und sie stehen auch deshalb im Zentrum der Attacken, weil sie die einzigen sind, die eine Lösung bezüglich der kapitalistischen Barbarei haben. Die letzten Illusionen bezüglich der Heuchelei der bürgerlichen Demokratie brechen zusammen, da die bürgerliche Klasse die Unzulänglichkeiten des kapitalistischen Systems und seine unlösbaren Widersprüche selbst erkennt und als Folgerung daraus die Verfolgungen, Drohungen und den Terror verstärkt. Aber welche Maßnahmen auch immer ergriffen werden, sie können die nicht aufzuhaltenden Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, die Notwendigkeit der Ablösung des kapitalistischen Systems und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus nicht stoppen.

Wir erklären in fester Entschlossenheit, daß die antikommunistischen Pläne der Bourgeoisie scheitern werden. Die Überlegenheit unserer Weltanschauung, die gerechte Sache unserer Klasse können auch den härtesten Mechanismen widerstehen. Wir werden mit noch größerer Entschlossenheit und kompromißlos unseren Kampf fortsetzen, um die volksfeindliche Macht, die Macht der Wenigen zu brechen. Auch antikommunistische Hysterie wird nicht in der Lage sein, die Arbeiterklasse und die schaffenden Menschen aufzuhalten, die den Problemen der Arbeitslosigkeit, des Abbaus sozialer Errungenschaften und der Rechte der Arbeiter sowie der kapitalistischen Barbarei selbst ausgesetzt sind.

Total antitotalitär

Kommunismus als Straftatbestand

Von Werner Pirker

Daß die Ernennung der Holocaust-Leugnung zu einem Straftatbestand zum Einfallstor für eine auch und vor allem gegen links gerichtete Gesinnungsjustiz werden könnte, war zu befürchten gewesen. Denn die herrschende Gesinnung schreibt nun einmal zwingend vor, Faschismus und Kommunismus als zwei Varianten totalitärer Herrschaft gleichzusetzen. Daß die Bannerträger einer neuen antikommunistischen Hexenjagd aus ehemals sozialistischen Ländern kommen würden, stellt ebenfalls keine Überraschung dar. Noch weniger als die alteingesessenen Eliten in Westeuropa kennen die Emporkömmlinge aus dem Osten Skrupel, wenn es darum geht, das Vermächtnis von Auschwitz in die antikommunistische Gosse zu zerren.

In einem offenen Brief an EU-Justizkommissarin Viviane Reding haben die Außenminister von Litauen, Lettland, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Tschechien am 14. Dezember gefordert, die »öffentliche Billigung, Leugnung und Verharmlosung von totalitären Verbrechen« künftig zu bestrafen. Für die Verbrechen des Kommunismus müsse das gleiche gelten wie für die vom NS-Regime begangenen, heißt es.

Jeder kenne die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber nur ein Teil der Europäer sei sich der Verbrechen des Kommunismus bewußt, klagte der litauische Außenminister Audronius Azubalis, der sich damit exakt auf die seit jeher von Leugnern und Verharmlosern der Nazi-Verbrechen bezogene Verteidigungslinie begibt. Noch unverblümter hat das der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg zum Ausdruck gebracht, der gegenüber der Nachrichtenagentur CTK mit dem launigen Kommentar aufhorchen ließ: »Um die Wahrheit zu sagen, Stalin war in der Lage, noch mehr Menschen umzubringen als Hitler«. Was sollte man von einem altösterreichischen Adelssproß auch anderes erwarten, bedenkt man, daß der letzte Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, am Ende der Sowjetunion und seiner Karriere zu nicht minder abstrusen Vergleichen aufgelegt war. Das Sowjetsystem sei noch totalitärer als der Faschismus gewesen, meinte er, weil es auf totalitären Eigentumsverhältnissen beruht habe.

»Wir nehmen das sehr ernst«, meinte Matthew Newman, der Sprecher der EU-Justizkommissarin, zum Brief der Sechs. Das neue ungarische Mediengesetz hat er bisher noch nicht kommentiert. Beides, die Schaffung einer ungarischen Zensurbehörde sowie die von Ungarn mitgetragene Initiative, eine positive Bezugnahme auf die staatssozialistischen Systeme zu verbieten, sind nicht nur krasse Verstöße gegen die freie Meinungsäußerung. Sie markieren den Weg in den Totalitarismus. Denn mit der Kriminalisierung der kommunistischen Vergangenheit sollen künftige Systemalternativen zum Kapitalismus gesinnungspolizeilich untersagt sein. So wie Viktor Orbán seine Herrschaft außer Konkurrenz stellen will, will auch die europäische Kapitalherrschaft ihren Ewigkeitsanspruch gerichtlich garantiert wissen.